



## **Anettes Monatsbericht** **August/September 2020**



Aktuelle Informationen aus dem Landtag, den Plenardebatten und meinem Wahlbereich.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Liebe Freundinnen und Freunde,

im September trat der Niedersächsische Landtag erstmals nach der Sommerpause wieder zusammen. Traditionell feierten wir vor Plenarbeginn mit allen Landtagskollegen einen ökumenischen Gottesdienst in der Marktkirche Hannover. Im Fokus des Plenums standen die Debatten über den Haushaltsentwurf 2021 und die mittelfristige Finanzplanung unserer Landesregierung. Reinhold Hilbers, unser CDU-Finanzminister in Hannover, hat in diesen schwierigen Zeiten einen Haushalt aufgestellt, der uns trotz aller erlebten Ausnahmen positiv in die Zukunft blicken lässt.



Quelle: Niedersächsischer Landtag

Der Haushalt des Landes für das kommende Jahr wird mit einem Volumen von rund 35,9 Milliarden Euro von der Bekämpfung der finanziellen Folgen der Corona-Pandemie geprägt sein.

Ihre/Eure

Haben Sie/Ihr Rückfragen, Anregungen oder Ideen? Bitte gerne unter 0541/57067 oder [mail@meyerzustrohen.com](mailto:mail@meyerzustrohen.com) melden.

### **Pflegekammer wird nach Vollbefragung endgültig abgewickelt**



**PFLEGEKAMMER  
NIEDERSACHSEN**

Quelle: Pflegekammer Niedersachsen

Die Pflichtmitgliedschaft in der Pflegekammer wird abgeschafft! Wir hatten bereits 2017 im Koalitionsvertrag mit der SPD vereinbart, dass die Akzeptanz einer Zwangsmitgliedschaft in der Pflegekammer überprüft werden soll. Über 70 Prozent der teilnehmenden Pflegekräfte stimmten bei einer Vollbefragung gegen den Fortbestand der Pflegekammer. Aufgrund dieses eindeutigen Ergebnisses wird diese Institution nun abgeschafft. Bereits gezahlte Beiträge sollen erstattet werden.

## Landtagspräsidentin zu Besuch bei der Caritas



Quelle: Caritas Osnabrück

Die Präsidentin des Niedersächsischen Landtages, Dr. Gabriele Andretta, besuchte bei ihrer diesjährigen Sommertour den Caritasverband Stadt und Landkreis Osnabrück. Sie informierte sich gemeinsam mit meinem CDU-Landtagskollegen Burkhard Jasper und mir über das Thema Freiwilligen-Engagement. Uns ist bei dieser Veranstaltung nochmals bewusst geworden, wie wichtig der soziale Zusammenhalt für unsere Gesellschaft ist.

## „Der Niedersächsische Weg“ als bundesweit einzigartiges Umweltschutzabkommen

In einer ersten Beratung haben CDU und SPD den Gesetzesentwurf des Natur- und Artenschutzabkommens „Der Niedersächsische Weg“ in das Septemberplenarium eingebracht und diskutiert. Der Niedersächsische Weg ist eine in dieser Form bundesweit einmalige Vereinbarung zwischen Landwirtschaft, Naturschutz und Politik. Unterstützt wird das Abkommen von Seiten der Landesregierung sowie vom Landwirtschafts- und Umweltministerium. Hinzu kommen niedersächsische



Landwirtschaft, vertreten durch das Landvolk und die Landwirtschaftskammer sowie Umweltverbände, wie der NABU und der BUND. Das Programm umfasst dabei ein Aktionsprogramm für Insektenvielfalt, die Aufstockung von Mitteln für Natura 2000-Gebiete, die Einführung weiterer Biototypen in das Niedersächsische Naturschutzgesetz sowie kluge Biotopvernetzung für mehr Artenvielfalt. Weitere tragende Elemente sind Ausweisung und Monitoring von Gewässerrandstreifen sowie der Ausbau des ökologischen Landbaus. Die Politik sichert dabei den Landwirten eine Honorierung ihrer Leistung bei Einhaltung konkreter Umweltschutz-Maßnahmen zu und hinterlegt dies mit Haushaltsmitteln.

Im nächsten Schritt soll das Abkommen in mehreren Gesetzen umgesetzt werden. In diesem Zusammenhang beschäftigen sich die Fachausschüsse des Landtages derzeit mit einem Gesetz zur Umsetzung des „Niedersächsischen Weges“ in Naturschutz-, Gewässerschutz- und Waldrecht. Weitere Informationen finden Sie unter diesem Link:

<https://www.niedersachsen.de/niedersaechsischer-weg>

## **75 Jahre CDU Osnabrück**

---

Am Freitag, den 18. September, hat die Osnabrücker CDU ihr 75-jährige Bestehen mit einem Festakt gefeiert. Dabei haben wir zusammen mit unserem Festredner, Bundespräsident a.D. Christian Wulff, zum einen der damaligen Gründungsmitglieder gedacht, die der Gedanke einte, nach dem nationalsozialistischen Unrechtsstaat ein neues, christlich und demokratisch geprägtes Staatswesen aufzubauen. Zum anderen gab es zwei Diskussionsrunden über die Zukunft der CDU in Osnabrück mit vielen interessanten Ideen.



Quelle: CDU Osnabrück/Ingo Dauer

## **Osnabrücker Erklärung umgesetzt - Feiertagsfahrverbot für Lkw in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen angepasst**

---



Quelle: CDU/Christiane Lang

Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen haben das Feiertagsfahrverbot für LKW an aufeinanderfolgenden Feiertagen in beiden Ländern angepasst. Im November des letzten Jahres hatte unser CDU-Verkehrsminister Dr. Bernd Althusmann zusammen mit seinem nordrhein-westfälischen Amtskollegen Hendrik Wüst in Osnabrück mit der Osnabrücker Erklärung die Basis für die entsprechende Gesetzesänderung geschaffen. In Niedersachsen ist der Reformationstag am 31.10. ein Feiertag, in Nordrhein-Westfalen Allerheiligen am 1. November. Um zu vermeiden, dass Lkw-Fahrer auf ihrem Weg durch Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen an beiden Tagen von Feiertagsfahrverboten betroffen sind, werden die Fahrverbotszeiten an beiden Feiertagen auf die Zeit von 6 Uhr bis 22 Uhr beschränkt und Durchfahrtsrechte auf den wichtigen Transitautobahnen A1, A2, A30, A31 und A33 gewährt. In diesem Jahr kommen die Änderungen erstmals zum Einsatz.

## **Kindesmissbrauch das Handwerk legen – Präventionsarbeit und Strafverfolgung werden verbessert**

---

Im Septemberplenium wurde ein Antrag der CDU/SPD-Fraktion zur Verbesserung der Prävention und Verschärfung der Bestrafung bei Kindesmissbrauch verabschiedet. Zusätzlich wurde eine Enquetekommission Kinderschutz eingesetzt. Die schrecklichen Missbrauchsfälle haben gezeigt, dass Kinder und Jugendliche stärker vor sexuellem Missbrauch und sexueller Gewalt geschützt werden müssen. Auf der Grundlage unseres Antrags wird jetzt die Vernetzung zwischen den Strafverfolgungsbehörden, dem Landespräventionsrat und Jugendämtern, Schulen, Kinderärzten und Mädchenhäusern ausgebaut. Ebenso wird die personelle und technische Ausstattung der Strafverfolgungsbehörden verbessert, So können Vorgänge in der digitalen Welt besser verfolgt werden.

## **Landshaushalt 2021**

---

Unser CDU-Finanzminister Reinhold Hilbers hat in der letzten Sitzung des Landtags den Haushaltsentwurf 2021 mit einem Gesamtvolumen von rund 35,9 Milliarden Euro und die mittelfristige Finanzplanung eingebracht. Geprägt wird der Haushaltsentwurf von geschätzten Steuerausfällen im Umfang von 3,4 Milliarden Euro im Jahr 2020. Vor diesem Hintergrund konzentriert sich der Haushaltsentwurf 2021 der Landesregierung auf die Krisenbewältigung.



*Quelle: CDU/ Elisabeth Allmendinger*

Für 2021 führt die Pandemie zu Steuermindereinnahmen in Höhe von mehr als 1,8 Milliarden Euro. Nach dem Haushaltsplanentwurf 2021 sollen diese nicht vollständig, sondern nur im Umfang von 853 Millionen Euro durch neue Schulden gedeckt werden. Der verbleibende Fehlbetrag soll im Umfang von 200 Millionen Euro durch globale Einsparungen, in Höhe von 525 Millionen Euro aus dem Topf zum Ausgleich von Steuerausfällen und mit 488 Millionen Euro aus der landeseigenen Rücklage ausgeglichen werden.

Im Jahr 2022 wird nach den aktuellen Prognosen die Einnahmeseite des Staates das Niveau des Jahres 2020 vor der Krise wieder erreicht haben. Für 2022 sieht die Finanzplanung eine Neuverschuldung bis zu 493 Millionen Euro vor, für 2023 bis zu 272 Millionen Euro. Bei Erreichen einer konjunkturellen Normallage im Jahr 2024 sollen dann über 25 Jahre die aufgrund der Notsituation aufgenommenen Schulden abgetragen werden.

## **Osnabrück erhält über 1,3 Mio. Euro für die Ausstattung der Schulen mit mobilen Endgeräten**

---

Die Stadt Osnabrück erhält aus dem Sofortausstattungsprogramm für mobile Endgeräte über 1,3 Mio. Euro. Die Bundesregierung und die Länder haben beschlossen, 500 Millionen Euro für die Anschaffung mobiler digitaler Endgeräte für Schülerinnen und Schüler, die kein solches Gerät besitzen, bereitzustellen. Damit soll das Homeschooling weiter ausgebaut werden, insbesondere für den Fall, dass wegen steigender Infektionszahlen Schulen geschlossen werden müssen und der Präsenzunterricht nicht mehr durchgeführt werden kann.



*Quelle: CDU*